

### Teures Spiel mit der Hoffnung

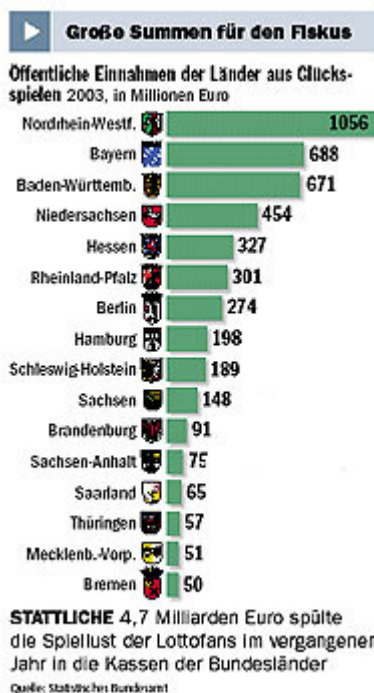
Die Zahl der Lottoannahmestellen im Internet steigt. Zwei neue Gesetze sollen Gebührenabzocker vom Markt fern halten

Manche tun es nachts. Im festen Glauben an die Glück bringende Kraft von Großmutter's Geburtstagsziffern oder der letzten drei Resultate ihres Lieblingshandballclubs kreuzen Lottofans zu ungewöhnlicher Zeit ihre Zahlen an – per Mausclick am Computerschirm. Etwa zwei Millionen Deutsche, meist zwischen 30 und 40 Jahre alt, gehen Marktkennern zufolge nicht mehr in die Tabakbude an der Straßenecke, um ihren Schein abzugeben, sondern tippen online. Bis zu 500 Millionen Euro setzen die Glücksspielanbieter schon bald über das Web um, erwarten Experten wie Martin Oelbermann von der Unternehmensberatung MECN.

**Tummelfeld für Tippfirmen.** Auf rund 150 schnellte die Zahl privater Lottounternehmen inzwischen in die Höhe – viele davon bauen sich bunte Auftritte im Netz. Ihre Aufgabe ist es, den Gesellschaften der Bundesländer, die als Einzige mit regierungsamtlicher Erlaubnis die weißen Kügelchen ins Rollen bringen dürfen, hoffnungsfrohe Kunden zuzuführen, etwa mit sofortigen E-Mail- oder SMS-Benachrichtigungen im Gewinnfall.

Für solchen Service kassieren die virtuellen Annahmestellen eine Provision – normalerweise sechs bis sieben Prozent vom Spieleinsatz. „Wir wollen das Wohnzimmer des Glücksspiels sein“, protzt Rainer Jacken, Vorstandssprecher der Kieler Firma Fluxx, eine der erfolgreichsten Spieleinfädlerinnen im Internet.

Das Gefühl der Gemütlichkeit weicht allerdings schnell großem Groll, wenn Spieler in einen der Online-Lottoläden geraten, die ihnen mit kriminellen Methoden Geld aus der Tasche ziehen (FOCUS 29/2003). Die buchen mal Einsätze von angegebenen Konten ab, zahlen aber keine Gewinne aus. Oder sie leiten nur einen Bruchteil der Gelder an die Lottogesellschaften weiter und deponieren das Gros auf ihrem eigenen Konto – ohne den Grund für diese hohen Gebühren genau zu erklären. Service- und Verwaltungskosten, heißt es dann. „Manche Anbieter nehmen Gebühren von bis zu 80 Prozent“, klagt Ralf Reichertz, Leiter des Referats Recht der Verbraucherzentrale Thüringen.



Mit der Abzocke soll nun Schluss sein. Der neue „Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland“ verpflichtet die privaten Vermittler, ihre Gebühren bis Mitte kommenden Jahres auf 33 Prozent zu

begrenzen. Wer das Limit dann noch überschreitet, müsse sich „auf Geldbußen“ einstellen, so Dagmar Pelzer, Sprecherin des nordrhein-westfälischen Innenministeriums.

Die führenden gewerblichen Spielinitiatoren begrüßen die neuen Regeln. „Das Gesetz wird zur Bereinigung des Marktes beitragen“, prognostiziert Fluxx-Chef Jacken, dessen Unternehmen nicht nur mit Lotto Geld verdient, sondern seine Online-Plattform jaxx.de auch mit Pferde- und Sportwetten sowie einem Casino gefüllt hat, bei dem Surfer um Punkte zocken können. Auf Konkurrent Tipp24, nach eigener Aussage in diesem Jahr voraussichtlich Akquisiteur von Spielgeldern im Wert von 145 Millionen Euro, habe das Gesetz „ebenfalls keine negativen Auswirkungen“, sagt Vorstand Marc Peters.

**Fragliche Effekte.** Andere Brancheninsider glauben, dass sich durch das Paragrafenwerk in Sachen Preistreiberei nicht viel ändern wird. „Viele Firmen werden die Gebühren mit Tricks wie gewohnt in die Höhe treiben“, befürchtet Heinz-Georg Sundermann, Geschäftsführer von Lotto Hessen. Die einfachste Finte sei es noch, Verkaufsstellenprovisionen von neun Prozent zusätzlich zu den erlaubten 33 Prozent zu fordern. „Dann zahlen die Tipper auch wieder über 40 Prozent Gebühren“, schätzt Sundermann.

Dass das neue Gesetz die staatlichen Anbieter nicht reglementiert, stößt hingegen den kommerziellen Vermittlern übel auf. Durchaus verständlich, meint der Hamburger Wirtschafts- und Rechtswissenschaftler Michael Adams. „Lotto ist ein Glücksspiel, egal ob staatlich oder privat“, stellt er fest und verlangt: „Alle Anbieter müssen verpflichtet werden, bei jedem Spiel klar auszuweisen, wie minimal die Gewinnchance ist.“ Seiner Ansicht nach dient das Gesetz einzig und allein dem Zweck, das staatliche Monopol aufrechtzuerhalten. Spült es doch den Bundesländern Jahr für Jahr viel Geld in ihre Kassen, weil die Lottounternehmen kräftig Steuern zahlen müssen. Im vergangenen Jahr waren es 4,7 Milliarden Euro.

Zahlreiche Kritiker vergrätzt vor allem, dass die Landesgesellschaften unverändert nicht mehr als 50 Prozent der eingenommenen Spielgelder als Gewinn auszahlen. Die andere Hälfte fließt an den Fiskus, als Provision an die Verkaufsstellen, in die Werbung, ans Personal – und in einen viel zu großen und intransparenten Bürokratieapparat, kritisiert Unternehmensberater Martin Oelbermann. „Anstatt als Deutscher Lotto- und Totoblock ein einheitliches Online-Angebot für Deutschland zu erstellen, hat jede der 16 Landesgesellschaften ihren eigenen Internet-Auftritt“, moniert der 32-jährige Münchner. Nach unseren Schätzungen verursacht das pro Jahr Mehrkosten von 45 bis 55 Millionen Euro.“ Lotto-Hessen-Chef Sundermann weist das Argument des Geldverbrennens zurück: „Unsere Gesellschaft steckt zum Beispiel im Gegensatz zu den privaten Anbietern nur ein Prozent ihres Jahresbudgets in die Werbung, das sind pro Jahr nicht einmal sechs Millionen Euro.“

**Maßnahme mit Wirkung.** Weitaus weniger Kontroversen ruft die zweite frische Gesetzesänderung im Kampf gegen dubiose Firmen auf dem Glücksspielmarkt hervor – die Modifizierung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. Es verbietet jetzt Werbeanrufe gewerblicher Spielevermittler ohne Einwilligung des Angerufenen. Diese ließen bislang vorzugsweise in den Abendstunden viele Telefone in Deutschland bimmeln.

Andreas Serr, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Department für Physik der Ludwig-Maximilians-Universität in München, hatte vor einigen Wochen einen Werber der Düsseldorfer Lotto Team Partnership am Ohr. „Der redete so lange auf mich ein, bis ich ihm schließlich meine Bankverbindung gab“, erinnert sich der 26-Jährige, der eigentlich nur schriftliches Infomaterial wollte. Doch die Rheinländer buchten bald 57 Euro – den Spielbeitrag für einen Monat – von seinem Konto ab. „Obgleich ich mein Einverständnis nicht gegeben hatte“, versichert Serr.

Der Wahlbayer wandte sich an die Verbraucherzentrale Düsseldorf und ließ das Geld sofort von seiner Bank zurückbuchen. Wenige Tage später, das telefonische Werbeverbot war gerade in Kraft, hielt Serr einen Brief in Händen. Darin stellte die Lotto Team Partnership „mit Bedauern die Stornierung des Spielscheins“ fest.

Frank Lehmkuhl